



Morschen

Liberaler Bürgerbrief

Jahrgang 8 - Nummer 33

07. Juni 1999

SPD betätigt sich als "Prinzipienreiter"

Weil der Schützenverein Neumorschen seinen Antrag für einen Zuschuß zur Neueindeckung des Schützenhausdaches erst am 5. Januar 1999 vorgelegt hat, wurde der Verein gleich doppelt bestraft. Die Unkenntnis der ehrenamtlichen Vereinsführung bezüglich Zuschußbeantragung vor Bauausführung und die Tatsache, dass der Haushalt für das Jahr 1999 ein kräftiges Minus ausweist, waren für die SPD-Mehrheitsfraktion Grund genug, sich anlässlich einer Gemeindevertretersitzung als "Prinzipienreiter" hervor zu tun. Dabei verweigerte man nicht nur den Zuschuß von 8000,-DM durch die Gemeinde, sondern sorgte gleichzeitig dafür, dass der Kreiszuschuß in derselben Höhe wegfiel. Dieser war nämlich an den Zuschuß durch die Gemeinde geknüpft.

Pikantes am Rande:
Namhafte Ortsbeiratsmitglieder der SPD-Neumorschen unterwarfen sich trotz gegenteiliger Meinung dem "SPD-Fraktionszwang" und brachten es noch nicht

einmal fertig, sich im Interesse ihres Ortsteiles zumindest der Stimme zu enthalten!

Privatisierung plötzlich salonfähig?

Viele Jahre schon fordert die F.D.P. dazu auf, bestimmte Leistungen der Gemeinde auf den Prüfstand zu bringen. Kernfrage dabei: Können Privatfirmen manche Leistungen vielleicht kostengünstiger erbringen?

Nachdem die jahrelangen F.D.P.-Bemühungen, zumindest eine Überprüfung vorzunehmen, durch die SPD-Spitze immer wieder massiv abgeblockt wurden, sind urplötzlich andere Töne zu vernehmen. In Anbetracht des deutlichen Haushaltsminus in 1999 wurde der Bürgermeister überraschend durch die SPD aufgefordert, das Privatisierungsthema gezielt anzupacken.

Der Liberale Bürgerbrief fragt deshalb, warum die SPD immer erst dann reagiert, wenn das Kind bereits im Brunnen liegt? **Oder folgerichtig:** Vielleicht sähe unser Haushalt wesentlich besser aus,

wenn man früher auf die F.D.P. gehört hätte!

Beseitigung wichtiger Gefahrenpunkte

Mit einem Antrag zur Straßenverbindung Neumorschen - Wichte hat die F.D.P.-Morschen auf den Handlungsbedarf der Straßenverkehrsbehörde in Bezug auf die gefährliche Streckenführung hingewiesen. Begründung hierfür sind die mit Regelmäßigkeit wiederkehrenden sehr schweren Unfälle in den gefährlichen Kurvenabschnitten, die bereits zum Tode von Pkw-Fahrern geführt haben. Offensichtlich wird die Gefährlichkeit dieses Streckenabschnittes gerade von Ortskundigen immer wieder unterschätzt.

Machtdemonstration der SPD

Zum Haushaltsplan 1999 schlug der Bürgermeister wegen der angespannten Haushaltslage den Gemeindegremien vor, keinen Kredit in Höhe der Tilgungsleistung von ca. 500 TDM aufzunehmen, sondern den Schuldenstand herunterzufahren, um die enorme Zinsbelastung zu

mindern. Dieser Vorschlag fand jedoch nur bei den Fraktionen der CDU, F.D.P. und Grünen an-
klang. Ebenso wurde die Veräußerung von vorhandenem Vermögen in Form von bebauten und unbebauten Grundstücken in Höhe von 500 TDM, ca. 5% des Gesamtvermögens von 12 Mio. DM, ohne ernsthafte Prüfung, ob das Vermögen überhaupt wirtschaftlich verwertet werden kann, durch die SPD abgelehnt.

Die zweite unverständliche Maßnahme der SPD gipfelt

darin, dass die Gewerbesteuererinnahmen um 60 TDM höher veranschlagt wurden, obwohl keine Anzeichen diese Erhöhung rechtfertigen können und dies von der Verwaltung für unrealistisch gehalten wird. Die SPD hat damit eine willkürliche Schönung des Haushaltsplanes vorgenommen.

Ein drittes Beispiel möge verdeutlichen, welches Demokratieverständnis die SPD hat: Die SPD wollte 15.000,00 DM für eine Organisationsuntersuchung bzw. Stellenbewertung im

Haushaltsplan einstellen. Sie hatte sogar schon einen Mann ausgesucht, der diese Arbeiten nach ihrem Dafürhalten übernehmen sollte. Sie setzt sich damit einfach über Bestimmungen hinweg, die die Vergabe von Aufträgen regeln und auch von der SPD nicht einfach ignoriert werden können. Diese Beispiele verdeutlichen, dass die SPD sich nicht am Wohle der Bürger orientiert, sondern auch weiterhin ihre Macht ausspielen will.

EUROPAWAHLEN 1999

Auch das Europäische Parlament steht in Gefahr eine **ROT-GRÜNE** Mehrheit zu erhalten.

Der politische Eiertanz der rot-grünen Regierung in Deutschland zeigt:
Die liberale Handschrift für Europa ist wichtig,

- - für Privatisierung, gegen Steuerunsinn, Verteuerung und Verbürokratisierung, denn dies bedeutet Schwächung des Mittelstandes mit schweren Folgen
- - gegen die Ökosteuer, die weder öko noch logisch ist und die Benzinpreise in Europa unendlich in die Höhe treibt
- - für die Erhaltung der 630-Mark-Jobs. Die Neuregelungen der rot-grünen Bundesregierung sind ökonomisch unsinnig und führen nicht zu mehr legaler Beschäftigung.
- - um deutsche Interessen wieder aus dem Abseits zu holen. Denn Rot-Grün hat auch in der EU-Führung nur groß geredet, nichts geleistet !

Deshalb am 13. Juni

Gelbe Karte

für
Rot-Grün!

F.D.P.

Die Liberalen

LISTE 4



F.D.P.

... und Deutschland gewinnt!